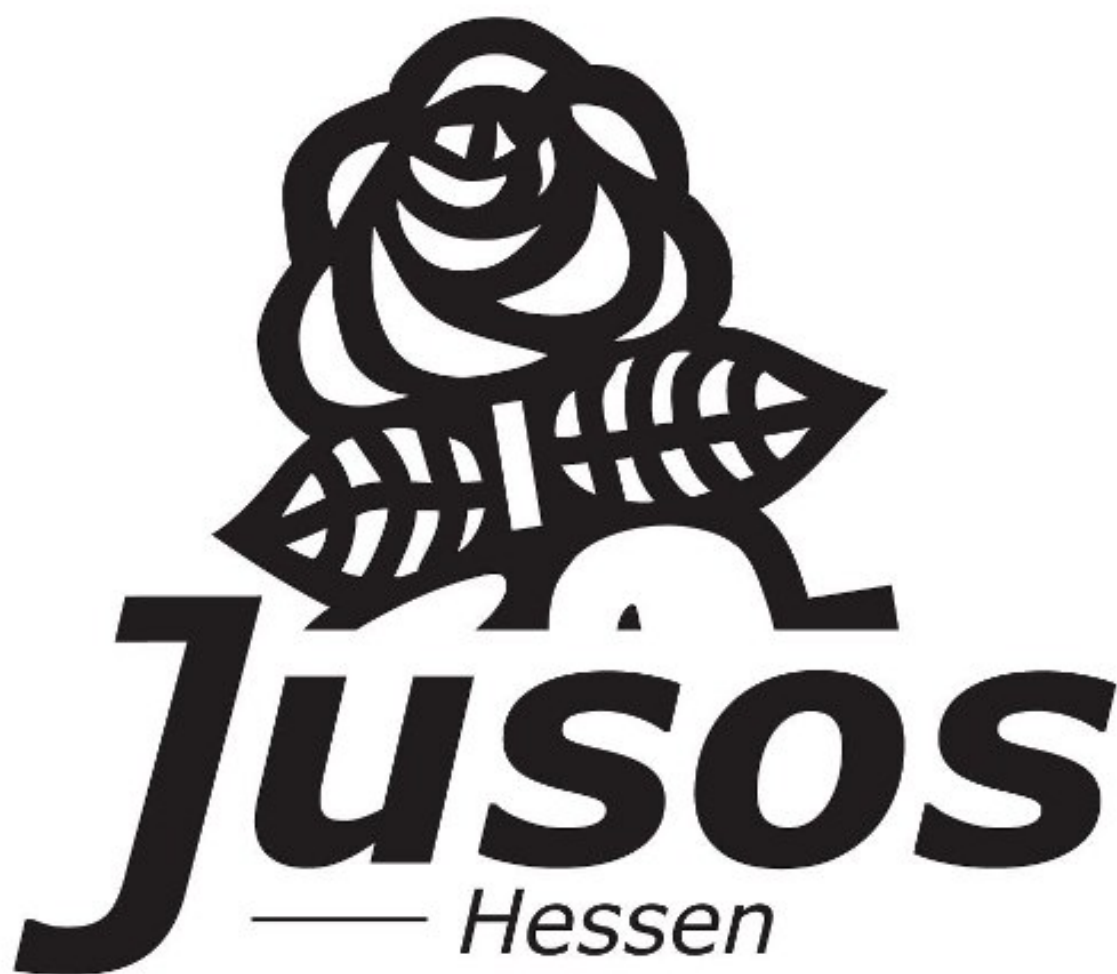


Kommunalpolitische Leitlinien der Jusos Hessen zur Kommunalwahl 2011



Vorwort

Die meisten hessischen Kommunen stecken in einer finanziellen Krise. Der finanzielle Spielraum der meisten Städte, Gemeinden und Landkreise ist wegen der enormen Belastung für die von Bund und Ländern aufgezwungenen Kosten für Sozialleistungen sehr klein geworden. Um die Ressourcen zukunftssichernd zu nutzen, brauchen wir eine Politik, die gestaltend und nachhaltig ist.

Kommunalpolitik greift wesentlich in das direkte Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger ein. Die Kommunen haben damit eine herausragende Stellung.

Mit einer solidarischen Gemeinschaft und einer starken Kommune packen wir die Probleme unserer Zeit an. Die Jusos stehen für ein Gemeinwesen, in dem nicht nur der eigene Vorteil das Maß aller Dinge ist, sondern Platz ist für die Interessen und Bedürfnisse aller Menschen. Wir wollen eine neue Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld. Dazu gehören neue Formen der Teilhabe, die allen Menschen die Mitgestaltung am Gemeinwesen ermöglichen. Wir wollen Lebensräume schaffen und erhalten, in denen Menschen sich wohlfühlen.

Wir hessischen Jusos greifen mit diesem Leitfaden die wesentlichen Themen auf. Grundgedanke ist der sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft im Kontext unserer Vision eines demokratischen Sozialismus.

Mit den Kommunalpolitischen Leitlinien wollen wir Euch Impulse für die Arbeit vor Ort geben. Denn wir wissen, dass die Kommunalwahlen nicht auf Sitzungen in Parteihäusern, sondern auf der Straße vor Ort gewonnen werden! Dabei wird Euch der Juso-Landesverband engagiert unterstützen.

Glück auf!



Felix Diehl

Juso-Landesvorsitzender

Kapitelübersicht

- I** Finanzen
- II** Energie & Wirtschaft
- III** Demographischer Wandel
- IV** Jugendpolitik
- V** Frühkindliche Bildung und Betreuung
- VI** Integration
- VII** Menschen mit Behinderung
- VIII** Landwirtschaft
- IX** Ehrenamt und Sport
- X** Kultur
- XI** Leben im Alter
- XII** Querschnittsaufgabe: Soziales
- XIII** Querschnittsaufgabe: Frauen

Finanzen

Städte und Gemeinden sind die Keimzellen unserer Demokratie. Vor Ort kommen Menschen direkt mit demokratischen Entscheidungsprozessen in Kontakt. Kommunen finanzieren die Kinderbetreuung. Sie unterhalten Schulen und Schwimmbäder, zahlen Sozial- und Jugendhilfe, finanzieren den öffentlichen Nahverkehr und sorgen für Wohnraum und eine intakte soziale Infrastruktur vor Ort. Deshalb hat die verfassungsrechtlich gewährleistete Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden für unsere Demokratie eine immense Bedeutung.

Wir wollen:

- Mehr Geld für hessische Städte und Gemeinden: „Unsere Dörfer sind systemrelevant!“

Zur Aufrechterhaltung der Selbstverwaltungsgarantie unserer Städte und Gemeinden ist für uns trotz der Wirtschaftskrise eine bessere Finanzierung der Kommunen notwendig. Schon heute besteht wegen knapper Kassen und zahlreicher Pflichtaufgaben kaum noch Entscheidungsspielraum auf der kommunalen Ebene. Das zerstört kurzfristig die soziale Infrastruktur vor Ort und kann mittelfristig eine ganze erhebliche Bedrohung für die Demokratie darstellen. Hessische Städte und Gemeinden, also die Menschen in unserem Bundesland, sollen nicht die Zeche für die Zocker an den Finanzmärkten zahlen!

Deshalb fordern wir von der Landesregierung umgehend einen Rettungsschirm für die hessischen Kommunen aufzuspannen. Die Pläne der Landesregierung ab 2011 bei den hessischen Kommunen Mittel in Höhe von 400 Millionen € jährlich einzusparen müssen sofort zurückgenommen werden. Schon durch die Kürzungen bei Kommunen durch die schwarz-gelbe Bundesregierung, zum Beispiel zugunsten von Hoteliers werden unsere Städte und Gemeinden zusätzlich belastet.

Dem schwarz-gelben Kürzungswahn entgegenen wir: Hessische Dörfer, Städte und Gemeinden sind systemrelevant!

- Schwarz-gelbe Verfassungsbrecher stoppen: „Konnexitätsprinzip“ einhalten!

Das durch Volksentscheid in die hessische Verfassung eingefügte „Konnexitätsprinzip“ muss endlich eingehalten werden. Wenn das Land Aufgaben an Kommunen abwälzt, dann muss es auch für Mehraufwendungen aufkommen! Es ist unerträglich, dass die schwarz-gelbe Landesregierung hier permanent gegen die Landesverfassung verstößt. Zudem ist es eine Beleidigung der Wähler/innen, dass hier ständig gegen einen verbindlichen Volksentscheid verstoßen wird.

- die Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung! Dies ist die beste Schuldenbremse

Wir Jusos lehnen die Einführung einer Schuldenbremse in Hessen ab. So genannte „Schuldenbremsen“ beschränken die politischen Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen. Für uns ist aber vollkommen unverständlich, warum die zukünftige Generationen die politischen Fehler von Roland Koch, Volker Bouffier und Karlheinz Weimar ausbaden sollen. Hätten Koch, Bouffier und Weimar während ihrer bisherigen Amtszeit die Verschuldung des Landes Hessen nicht von 22,3 Mrd. € (1999) auf über 42 Mrd. € fast verdoppelt, würde heute niemand aus CDU und FDP über eine Schuldenbremse diskutieren. Deshalb wäre die Einführung einer Schuldenbremse in Hessen ein Verstoß gegen den Grundsatz der Generationengerechtigkeit.

Zudem ist die Einführung einer starren Schuldenbremse wirtschaftspolitisch unvernünftig. Um die hessische Wirtschaft anzukurbeln kann es in konjunkturell schwachen Zeiten sinnvoll sein, staatliche Anschubhilfen zu geben. Nur wenn die Wirtschaft in Hessen floriert, nehmen Kommunen und das Land auch zusätzliche Steuern ein. In besseren Zeiten müssen diese Mehrausgaben natürlich wieder eingespart werden. Das ist eine Frage der (haushalts-) politischen Disziplin, an der es in schwarz-gelben Koalitionen offenkundig fehlt. Konservative und Liberale können nicht mit dem Geld der Steuerzahler umgehen. Wirtschaftspolitisch sinnvoll wäre deshalb die Wahl einer neuen Landesregierung mit intelligenter Haushaltspolitik: Die beste Schuldenbremse ist die Abwahl der schwarz-gelben Landesregierung!

Energie und Wirtschaft

Die Einführung Erneuerbarer Energien ist in erster Linie eine sozial- und wirtschaftspolitische Frage. Die ständig steigenden Preise für fossile und atomare Energieträger führen schon jetzt dazu, dass für viele Menschen die Energiepreise bedrohliche Ausmaße angenommen haben. Gleichzeitig trägt die Windenergie schon jetzt zur Preisdämpfung an der Strombörse EEX bei. In naher Zukunft werden die Preise der fossil-atomaren Energieträger die der Erneuerbaren übersteigen – wer aber dann erst anfängt, seine Energieversorgung umzubauen, der hat viel Zeit und auch viel Kapital verloren.

Jedes Jahr wird Energie im Wert von rund 1€ Milliarden Euro nach Hessen importiert, der größte Teil davon in Form von Erdölprodukten (z.B. Heizöl) oder Erdgas – ein großer Teil aus Ländern mit fragwürdiger sicherheitspolitischer Lage. Der Umbau der Energieversorgung hin zu dezentralen und erneuerbaren Energien führt dazu, dass ein immer größerer Teil dieser Summe im Land, in der Region, im Kreis, in der Kommune bleibt und dort Arbeitsplätze schafft. Mit Einführung des Erneuerbaren Energien Gesetzes im Jahre 2000 sind in Deutschland seit diesem Zeitpunkt rund 300.000 Arbeitsplätze in den Branchen der Erneuerbaren Energien neu entstanden (in Produktion, Planung, Betrieb, Instandsetzung von Anlagen für Erneuerbare Energien), viele davon regional fest verankert. Die Einführung Erneuerbarer Energien entspricht also einem sich selbst finanzierenden milliardenschweren Konjunkturprogramm.

Daran müssen auch die Kreise und Kommunen ihren Anteil haben. Die Stärke der Erneuerbaren Energien liegt in der Dezentralität. Damit sind Kreise und Kommunen in der Verantwortung, diese Möglichkeit der regionalen Wirtschaftspolitik offensiv zu fördern.

Viele anerkannte Studien haben inzwischen belegt: eine 100%ige Energieversorgung mit Erneuerbaren Energien ist möglich. Da wir dadurch unsere Wirtschaftskraft fördern

und die regionale Wertschöpfung stärken, unsere Ressourcen schonen, unsere Umwelt schützen, die Schöpfung bewahren, den Ausstoß von CO₂ vermeiden und hochgefährliche Technologien wie die Atomenergie überflüssig machen können, sollten wir jetzt sofort damit beginnen!

Wir wollen:

- „100-Prozent-Kommunen“

Unser Ziel ist, dass möglichst viele hessische Kommunen sich bis 2030 eine 100%ige Versorgung mit Strom aus Erneuerbaren Energien gewinnen. Konkret: Wir wollen den gesamten Stromverbrauch innerhalb der Gemeinde- und Stadtgrenzen durch Erneuerbare Energien abdecken. Betriebe in genossenschaftlicher Verwaltung sind zu bevorzugen und größtmögliche betriebliche Mitbestimmung der Beschäftigten sicherzustellen.

- dass möglichst viele Städte und Gemeinden kommunale Vorbildrollen bei der notwendigen Energiewende einnehmen können!

Die hessischen Jusos wollen, dass die Erfolgsgeschichte der Erneuerbaren Energien fortgeschrieben wird und die Chancen für ein nachhaltigeres Wirtschaften und für neue Arbeitsplätze in Mittelstand, Handwerk und den neuen Technologien realisiert werden. Wir wollen, dass bestehende politische Blockaden aufgehoben und der Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigt wird um dadurch auch die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und Arbeitsplätze zu schaffen.

- energieeffiziente Bauplanung

Wir wollen, dass Städte und Kommunen bereits bei ihrer Bauplanung in Zukunft eine möglichst optimale Nutzung erneuerbarer Energien berücksichtigen.

- energetische Gebäudesanierung / energetisches Bauen

Desweiteren wollen wir, dass in Zukunft verstärkt darauf hingewirkt wird, dass bei Umbaumaßnahmen die Wärmedämmung verbessert wird. Der energietechnische Standard von Neubauten sollte nach und nach angeboten werden mit Ziel, den Passivhausstandard zu erreichen. Damit es finanziell noch möglich ist, Häuser zu bauen, sollten die Mehrkosten gegenüber dem jetzigen Standard durch sein sehr zinsgünstiges staatliches Darlehen finanziert werden.

Schon jetzt sollen wir in unseren Kommunen voran gehen und nach Möglichkeit dieses Standard zu erfüllen, was zum einen Vorbildcharakter hat und zum anderen die Unterhaltungskosten von kommunalen Einrichtungen senkt.

- frischen Wind für Windkraft

Windkraft ist das Arbeitstier der Erneuerbaren Energien. Eine Energiewende ohne Windkraft ist nicht möglich. Daher ist es notwendig, dass Windkraft bei den örtlichen Erneuerbare-Energie-Konzepten einen entscheiden Anteil einnimmt. Leider hat Hessen bei der Windkraft noch immer einen Schlussplatz bei den Flächenländern. Das wollen wir ändern. Wir wollen, dass Windkraft auf geeigneten hessischen Flächen entwickelt wird.

Windkraftanlagen spülen in doppelter Hinsicht Geld in die klammen kommunalen Kassen. Zum einen durch Erträge, wenn die Anlage in kommunalem Besitz ist, und zum anderen durch nicht unerhebliche Gewerbesteueranteile. Die regionale Wertschöpfung wird so gestärkt.

Bei der Errichtung von Windkraftanlagen sollten kommunale Betreiber wie Stadtwerke oder Bürgerwindparks Vorrang haben. Die Akzeptanz von Windkraft steigt, wenn sich die Bürgerinnen und Bürgern an solchen Projekten beteiligen können.

Das Thema Windkraft ist in Hessen – nicht zuletzt durch die Windmonster-Kampagne der CDU – vereinzelt stark emotionalisiert. Befragungen zeigen aber, dass Windkraft bei der Bevölkerung auf große Akzeptanz stößt. Daher sollte das Thema auch vor Ort offensiv angegangen werden. Auch das Mittel der Bürgerbefragung hat sich bewährt.

- die Einführung erneuerbarer Energien durch intelligente Finanzierungsmodelle beschleunigen!

Die Einführung Erneuerbarer Energien sollte in den Kommunen und Landkreisen durch neue, intelligente Finanzierungsmodelle entscheidend beschleunigt werden. Dabei sollen den Kommunen und Landkreisen keine wesentlichen zusätzlichen Kosten, aber deutlich zusätzliche Nutzen, z.B. durch Gewerbesteuereinnahmen oder eigene Energiekostensenkungen entstehen.

- den Rückkauf der Netze nach Ablauf der Konzessionsverträge!

Der Rückkauf der Netze nach Ablauf der Konzessionsverträge ermöglicht unseren Kommunen nicht nur eine Verbesserung der Anschlussmöglichkeiten für erneuerbare Energien („Smart Grid“), sondern auch zusätzliche Einnahmen über die Konzessionsabgabe hinaus. Die Gewerbesteuern für den Betrieb der Netze sollen nicht mehr am Sitz der jeweiligen Großunternehmen, sondern in der Kommune vor Ort abgeführt werden.

- die Biomasse-Erzeugung (im Umland und in ländlichen Gemeinden) fördern!

Neben Biomasse aus organischen Abfällen spielen Energiepflanzen eine wesentliche Rolle für eine Zukunft mit Erneuerbaren Energien. Es handelt sich dabei um nachwachsende Energie aus Land- und Forstwirtschaft. Dadurch erhält die Landwirtschaft eine neue Perspektive.

Der aus Biomasse gewonnenen Energie stehen meistens verschlossene Energiemärkte gegenüber. Durch die Einbeziehung der Biomasse in die kommunale Energieversorgung kann diese Barriere am schnellsten überwunden werden. Die kommunalen Energieversorger sind daher

die natürlichen Partner für die Biomasse- Produzenten. Kommunen in ländlichen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte wären in der Lage, mehr Biomasse zur energetischen Nutzung auf ihrem Gebiet zu erzeugen als dort Energie nachgefragt wird.

Dabei soll darauf geachtet werden, dass keine Konkurrenz von Energiepflanzen zum Nahrungsmittelanbau entsteht.

Demographischer Wandel

Jede Kommune in Hessen braucht eine eigene Antwort auf den demographischen Wandel. Dennoch müssen die verschiedenen Probleme in Zusammenarbeit und mit Netzwerkbildung gelöst werden.

Die ländlich strukturierten Regionen in Hessen leiden an „Überalterung“. Ganze Dörfer drohen von der Landkarte zu verschwinden, weil die Jungen in die Ballungsgebiete ziehen müssen, um Arbeit zu finden. Schulen werden geschlossen und Arztpraxen finden keinen Nachfolger mehr um die Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

Während dessen braucht es andere Wohnraumkonzepte für das Rhein-Main Gebiet in dem der Wohnraum für eine durchschnittlich verdienende Familie kaum erschwinglich ist.

Die städtischen Regionen profitieren vom ländlichen Raum als (Nah-) Erholungsraum. Umgekehrt findet der größte Teil der Erwerbsarbeit in den urban geprägten Regionen statt. Der größte Teil der Investitionen im Bereich Erneuerbare Energien wird im ländlichen Raum umgesetzt.

Wir wollen:

- eine überregionale und interkommunale Vernetzung in den Bereichen
 - Wohnraum

Ziel jeder lebenswerten Siedlungsentwicklung und Stadtgestaltung ist die Schaffung lebenswerter Räume, die Nachhaltigkeit, der Schutz der Umwelt und die Eindämmung des Flächenverbrauches. Neben Grünflächen und Begegnungsräumen, die es besonders im stark verdichteten großstädtischen Bereich geben muss, ist eine stärkere Vernetzung von Wohn- und Arbeitsräumen anzustreben; kurze Wege, wohnortnahe Arbeiten und Begegnungsmöglichkeiten sind die Voraussetzungen für eine gesunde Siedlungsstruktur. Diese Vorgaben dürfen nicht nur für Neubauten und Neuerschließungen gelten; sie müssen auch für Altbauten sowie für die Sanierung bestehender Siedlungsgebiete angewandt werden.

Angelegenheiten des Wohnungswesens gehören zu den klassischen Selbstverwaltungsaufgaben der Kommunen. Sie entscheiden vornehmlich eigenverantwortlich über die Verwirklichung dieser Aufgabe. Ziel muss grundsätzlich sein, allen EinwohnerInnen eine angemessene Versorgung mit Wohnraum zu ermöglichen. Dabei sollten Städte und Gemeinden diesen Auftrag abgestuft erfüllen, indem sie einkommensschwache Personen direkt mit Wohnraum versorgen und mittlere Einkommensschichten punktuell, z.B. mittels der Erstellung eines Mietspiegels, unterstützen. Die Kommunen sind gehalten, das Angebot an preiswertem und am Bedarf orientierten Wohnraum zu erhöhen. In vielen Kommunen sinkt die Zahl der mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen rapide. Ursache sind vornehmlich der Rückzug von Bund und Kommunen aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

- **Betreuung und Schulen**

Wohnortnahe Schul- und Betreuungsangebote, die qualitativ hochwertig sind machen für junge Familien die ländlichen Regionen wieder attraktiv.

- **Fort- und Weiterbildung**

Nordhessen liegt im Herzen von Deutschland und bietet landschaftlich die besten Voraussetzungen für Bildungsträger, die im Bereich Fort- und Weiterbildung Niederlassungen suchen. Mit entsprechenden Verkehrsanbindungskonzepten und Werbung für die Attraktionen der Region könnten hier neue Potentiale ausgeschöpft

werden. Neben dem Tourismus und dem Bereich der Erneuerbaren Energie kann hier aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben werden.

- **Gesundheit**

Die Gesundheitspolitik gehört zu den Politikbereichen, die in der Kommunalpolitik vernachlässigt werden. Dies liegt vor allem daran, dass Kommunen für diesen Bereich keine direkte Verantwortung haben. Den ganzen Bereich der Krankenversorgung trägt die gesetzliche Krankenversicherung und dieser wird von Bundesgesetzen normiert. So sind die Kreise zwar vielfach Träger der Krankenhäuser, haben dort aber nur einen geringen Gestaltungsspielraum. Kommunen dürfen ihren Einfluss auf Krankenhäuser nicht verlieren. Die Kommunen im ländlichen Raum müssen sich dem Problem der „Ärzteflucht“ stellen und attraktive Angebote schaffen um die gesundheitliche Grundversorgung überall zu gewährleisten.

- **Versorgung**

Durch zunehmende Privatisierungen von kommunalen Eigenbetrieben werden viele Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung und der demokratischen Kontrolle entzogen. Gerade weil die Spielräume kommunaler Politik immer weiter eingeschränkt werden, lehnen die Jusos daher die weitere Privatisierung kommunaler Eigenbetriebe ab. Nicht nur ist es fragwürdig, ob die Aufgaben kommunaler Eigenbetriebe von privatwirtschaftlichen Unternehmen besser oder kostengünstiger bewältigt werden können; auf diese Weise werden wichtige Entscheidungsabläufe aus der Hand gegeben. Keine Privatisierung heißt jedoch nicht, Abläufe zu optimieren und Verluste zu vermeiden; nur wird dazu nicht zwingend ein privatisierter Eigenbetrieb benötigt. Im Gegenteil, Privatisierungen können sich mittelfristig als Rückschritt erweise, wenn Leistungen eingeschränkt werden und weitere Kosten entstehen.

Wir wenden uns daher gegen einen Ausverkauf öffentlichen Besitzes und öffentlicher Beteiligungen an kommunalen Betrieben (Energie, Wasser, ÖPNV). Die Politik hat auch in diesem Bereich die Aufgabe der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Gerade im Bereich der Wasserver- und -entsorgung, aber auch in anderen Bereichen kommunalen Engagements, würde die Liberalisierung der Märkte auf europäischer Ebene

weitreichende negative Folgen (Qualitätsreduktion, Preiserhöhungen) haben. Umso wichtiger ist es, so schnell wie möglich kommunale Betriebe wettbewerbsfähig zu machen. Dies kann auch unter Einbeziehung von privatem Kapital geschehen. Unerlässlich ist hierbei allerdings, dass die Mehrheit der Beteiligungen an solchen Betrieben immer in der Hand der Politik bleibt und damit die demokratische Kontrolle erhalten bleibt.

- Verkehr

Im heutigen Zeitalter, geprägt von zunehmender Flexibilisierung beim Zurücklegen von Entfernungen zum Arbeitsplatz, der Schule oder der Universität, gewinnt der ÖPNV auch unter ökologisch nachhaltigen Gesichtspunkten stetig an Bedeutung. Das Vorhandensein eines effektiven Beförderungssystems wird daher für die Zukunft unserer Kommunen und dabei vor allem für die jüngere Generation, für die ein Auto entweder finanziell nicht erschwinglich oder von Alters wegen noch keine nutzbare Alternative darstellt, mit von zentraler Bedeutung sein.

Daher gilt es den „Öffentlichen Personen-Nahverkehr“ (ÖPNV) in vor allem in den ländlich strukturierten und in der Fläche eher weitläufigen Kommunen grundlegend zu verändern und neu zu gestalten, hin zu einem bedarfsorientierten und wirtschaftlicheren Beförderungssystem für alle Bevölkerungsgruppen. Der Aspekt öffentlicher Mobilität wird zukünftig die Entscheidungsfindung über den Wohnort einer Familie oder eines jungen Menschen entscheidend mit beeinflussen und somit zu einem echten Standortfaktor werden.

- Tourismus

Für die einzelnen hessischen Regionen muss ein jeweils schlüssiges touristisches Gesamtkonzept erarbeitet werden. Hierbei gehören die einzelnen Kommunen genauso eingebunden, wie das Handwerk, Landwirte, Naturschutz, Kunsthandwerk und Investoren der Tourismusbranche.

Gerade im ländlichen Raum muss investiert werden in Lehrpfade, Radrundwege und in den ÖPNV. Die einzelnen Regionen müssen sich eine Identität geben, die zum Markenzeichen werden kann.

Jugendpolitik

Gerade in den Kommunen, also vor Ort, muss für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ein größeres, besseres und breiteres Bildungsangebot geschaffen werden. Es muss klar werden, dass diese Gruppe der Gesellschaft ebenso ernstzunehmende Interessen hat, für die eingetreten werden.

Was wir wollen:

- Jugendzentren und Mitbestimmung

Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene muss eine Umwelt geschaffen werden, in der sie in der Lage sind ihre Persönlichkeit ihrer angemessen, gewaltfrei und selbstverwirklichend zu entfalten. Dies soll nicht nur durch Betreuung geschehen, sondern mehr aus der Mitte dieser Gruppe durch Selbstorganisation, Selbstverwaltung und –gestaltung.

Hier sollen Jugendzentren Angebote für die Freizeitgestaltung bieten und somit Bildung und Selbstentfaltung ermöglichen. Jugendlichen muss hier mindestens die Grundlage der Mitbestimmung und Selbstorganisation in personellen und konzeptionellen Fragen gewährleistet sein. Bei all diesen Sachen muss ebenso gewährleistet sein, dass der Kinder- und Jugendschutz nicht vernachlässigt wird und somit keine Gefahren für Kinder und Jugendliche entstehen.

Die kommunale Jugendpolitik soll im besten Falle von der Jugend selbst gestaltet werden, dazu sollen gewählte Vertreter aus Schulen, Betrieben, Jugendorganisationen und –verbände, Einrichtungen für Jugendliche, sowie Jugendgruppen mitwirken.

- Jugendsozialarbeiter

Für die Jugendzentren, aber nicht nur für diese, müssen ausreichend und gut geschulte Jugendsozialarbeiter in der Kommune (vor Ort) verfügbar und ansprechbar sein. Diese

sollen den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite stehen und ihnen Möglichkeiten und Auswege aus Problemen und Perspektiven für die Zukunft bieten können, wenn dies erwünscht ist. Außerdem sollen sie besonders präventiv gegen Jugendgewalt und – kriminalität wirken. Hierbei muss bessere Aufklärungsarbeit geleistet werden und „Alternativen“ geboten werden. Jugendsozialarbeiter sind an dieser Stelle wichtig, da diese oft die als wichtigste „erwachsene“ Vertrauensperson angesehen werden. Sie haben den Zugang zu den Jugendlichen, besitzen aber auch nötige Autorität und erhalten Respekt, kurz: Sie werden als einer der Jugendlichen akzeptiert und können somit aus der Mitte heraus wirken.

- Kinderspielplätze

Für Kinder müssen mehr bedürfnisgerechte Kinderspielplätze entstehen, die fernab von befahrenen Straßen und somit den Gefahren des Verkehrs liegen. Ebenso müssen sie gut erreichbar sein und dürfen nicht zu verlassen liegen.

Frühkindliche Bildung und Betreuung

In allen Städten und Gemeinden soll eine ganztägige und kostenfreie Kinderbetreuung für alle Kinder von 0-6 Jahren angeboten werden. Dies ist nicht zuletzt ein Gebot zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf junger Eltern. Hierzu zählt ebenfalls ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuung durch Tagesmütter und –väter.

Bildung gewinnt auch schon vor dem Schuleintritt zunehmend an Bedeutung. Wir Jusos in kommunaler Verantwortung wollen deshalb die Kindertagesstätten dabei unterstützen, gemeinsam mit den Grundschulen den hessischen Bildungs- und Erziehungsplan umzusetzen. Um dieses neue Bildungs- und Erziehungsverständnis zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen mit Leben zu füllen, werden wir verlässliche Kommunikationsstrukturen zwischen diesen entwickeln und Fortbildungen für unser pädagogisches Personal organisieren.

Kindertagesstätten sind auch Orte sozialen Lernens und eine wichtige Hilfe zur Gewaltprävention. Mit unterschiedlichen Präventionsprogrammen wollen wir dort impulsives und aggressives Verhalten vermindern und Fähigkeiten in den Bereichen Empathie, Impulskontrolle sowie Umgang Ärger und Wut stärken.

Um den hohen Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern künftig decken zu können, werden wir kurzfristig die Ausbildungskapazitäten für diese Berufsgruppe an unseren Berufsschulstandorten massiv erhöhen.

Wir Jusos in kommunaler Verantwortung wollen alle hessischen Grundschulen ermutigen, in Abstimmung mit dem Land die ersten zwei Schuljahre zu einer flexiblen Schuleingangsstufe zusammenzufassen, die Kinder je nach Entwicklungsstand in zwischen ein und drei Jahren absolvieren können. Gerade für unsere kleinen Grundschulen in den ländlichen Gebieten, deren Existenz durch zurück gehende Schülerzahlen gefährdet ist, kann eine stärkere Altersmischung pädagogisch sinnvolles Handeln mit einer Stärkung der Schulstandorte verbinden.

Wir wollen:

- echte Ganztagschulen

Kinder und Jugendliche brauchen in der Schule die bestmögliche Förderung, damit sie sich und ihre Fähigkeiten entwickeln können.

Nach den Erfahrungen im Ausland, aber auch in vielen deutschen Schulen, können echte Ganztagschulen, die über eine bloße pädagogische Mittagsbetreuung mit Suppenküche hinausgehen, Kindern und Jugendlichen mehr Möglichkeiten bieten als eine Halbtagschule: Mehr Zeit kann eine bessere Rhythmisierung des Schultages, zusätzliche Lernangebote sowie Freizeitaktivitäten in Kooperation mit den heimischen Vereinen ermöglichen, wobei letztere dadurch junge Mitglieder gewinnen können. Zudem muss an allen Schulen ein gesundes und für alle Schülerinnen und Schüler kostenfreies Mittagessen angeboten werden.

Durch die von der Landesregierung gegen alle Widerstände verkürzte Mittelstufe an Gymnasien („G8“) sind viele Schulen dieser Schulform in der Praxis zu Ganztagschulen geworden, allerdings oft ohne die baulichen und pädagogischen Voraussetzungen, um sinnvoll als Ganztagschule arbeiten zu können. Auf Landesebene werden wir uns für eine Rücknahme der Verkürzung in der Mittelstufe einsetzen und für eine Reform der Oberstufe stark machen, die es möglich macht an dieser Stelle durch eine Verkürzung das Abitur auf eigenen Wunsch nach 12 Schuljahren abzulegen.

Unser Ziel ist es in den nächsten fünf Jahren alle hessischen Schulen zu Ganztagschulen auszubauen. Wir werden jede Schule mit einer Mensa und Gemeinschaftsräumen ausstatten sowie Turnhallen sanieren und den Schulen die Nutzung aller kommunalen Freizeiteinrichtungen wie unserer Bibliotheken und Schwimmbäder ermöglichen. Schulgemeinden, die sich für diesen Weg entscheiden, unterstützen wir auch nach besten Kräften im Antragsverfahren beim Land Hessen.

Bis dahin werden wir alle Elternvereine, die Ganztagsbetreuung in Eigenregie organisieren, unterstützen. Dies schließt insbesondere die Nutzung der Schulgebäude in der unterrichtsfreien Zeit mit ein.

- soziale Schulen

Schule ist zunehmend nicht nur ein wichtiger Lernort für junge Menschen, sondern auch deren zentrale Institution gesellschaftlichen Lebens. Jugendliche sind heute mehr als früher mit der Lösung persönlicher Probleme überfordert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten, verweigern den Schulbesuch, stören den Unterricht, zeigen unangemessenes Sozialverhalten oder fühlen sich gemobbt.

Neben dem Ausbau zu Ganztagschulen gehört Schulsozialarbeit deshalb zu den wichtigsten Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche bei der Gestaltung ihres Lebens in, außerhalb und nach der Schulzeit zu unterstützen. Wir wollen, dass an allen hessischen Schulen Schulsozialarbeit angeboten wird.

Unsere Forderung nach einer Beteiligung des Landes Hessen an den Kosten der Schulsozialarbeit werden wir nicht aufgeben und werden die Landesregierung kontinuierlich an ihre Verantwortung für die Schulen erinnern.

Denn bereits im Bildungs- und Erziehungsplan bekennt sich das Land Hessen zu einer gemeinsamen Aufgabe von Jugendhilfe und Schule für das „Gelingen von Sozialisation und Bildungsteilhabe“.

Schulsozialarbeit soll zur Gewaltprävention (Streitschlichtung, Konfliktbearbeitung) beitragen und soziales Lernen unterstützen. Schulsozialarbeit muss somit als Angebot der Kinder- und Jugendhilfe einen wichtigen Beitrag zum (präventiven) Kinderschutz leisten. Dies geschieht in direkter (z.B. Ansprechpartner für die Lernenden und ihre Eltern) aber auch in indirekter Form (z.B. Beratung der Lehrkräfte).

Zudem ist die Betreuung beim Übergang von der Schule in den Beruf ein weiteres Handlungsfeld der Schulsozialarbeit, um die berufliche Eingliederung erleichtern. Dazu zählen Bewerbungstrainings wie auch eine enge Vernetzung mit wichtigen Partnern (Agentur für Arbeit, Handwerksbetriebe, Unternehmen, gemeinnützige Einrichtungen, Hochschulen und Berufsschulen).

- Inklusion in der Schule für alle

Wir Jusos wollen die UN-Behindertenrechtskonvention auch auf kommunaler Ebene konsequent umsetzen. Allen Schülerinnen und Schülern, egal ob mit oder ohne

Behinderung, muss ermöglicht werden, die Schule in der Nachbarschaft, unabhängig von sozialer Herkunft, Sprache oder Behinderung, zu besuchen. Wir werden in den nächsten Jahren kurzfristig den barrierefreien Umbau aller hessischen Schulen vorantreiben und diese neben Rampen und Fahrstühlen auch mit Behindertentoiletten ausstatten.

Mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Stadt- und Kreisparlamenten wollen wir erreichen, dass sich die Schulentwicklungspläne der Schulträger künftig längeres gemeinsames Lernen zum Ziel setzen. Förderschulen dürfen keine mehr gebaut werden. Vielmehr wollen wir auf langfristige Sicht die weitestgehende Abschaffung der Förderschulen. Nur noch in Ausnahmefällen sollen SchülerInnen diese Schulen besuchen müssen. Stattdessen müssen mehr integrative Maßnahmen an allgemeinen Schulen für den Ersatz der Förderschulen sorgen. Die Schule der Zukunft ist die Schule für alle, welche ausnahmslos alle Schülerinnen und Schüler durch individualisierte Förderung gemeinsam zum Abschluss der Klasse 12 oder wahlweise der Klasse 13 führt. Um hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen für ein qualitativ hochwertiges Förderangebot zu schaffen, müssen Schulträger, Träger der Jugendhilfe sowie das Land Hessen ein gemeinsames Konzept entwickeln.

Längeres gemeinsames Lernen in „Schulen für alle“ ist nicht nur ein Gebot der Demokratie und sozialen Gerechtigkeit damit Bildungserfolg nicht vom Einkommen der Eltern abhängt. Nur so kann auch in weniger dicht besiedelten Regionen ein gymnasiales Bildungsangebot gesichert werden.

Die von der Landesregierung propagierten Mittelschulen lehnen wir ab. Diese bieten keine Antworten auf zurückgehende Schülerzahlen und die Weigerung der Eltern ihre Kinder auf Hauptschulen zu schicken. Anstatt noch mehr Schulformen zu schaffen, wollen wir mehr Übersichtlichkeit im Schulwesen und Schulen, die überall alle Abschlüsse anbieten.

- Ausstattung für eine moderne Pädagogik

Moderne Pädagogik erfordert moderne Ausstattungen. Dies betrifft neben Beamern,

elektronischen Tafeln auch Lernorte wie Werkräume und Küchen. In den nächsten Jahren wollen wir in kommunaler Verantwortung trotz angespannter Kassen weiterhin dafür sorgen, dass Geld in die Sanierung und den Ausbau der Schulen fließt.

Durch eine Zunahme an neuen Aufgaben durch die Schulverwaltungssoftware LUSD oder die Einrichtung weiterer Beratungs- und Förderzentren hat der Verwaltungsaufwand an unseren Schulen zugenommen. Wir wollen deshalb alle Schulen bedarfsgerecht mit Sekretariats- und Hausmeisterstellen ausstatten.

- Selbstständigkeit von Schulen

Langfristig halten wir eine Zusammenführung der verschiedenen Kostenträger der Schulen in Verantwortung demokratisch legitimierter Schulgremien für sinnvoll und werden als Schulträger diesem nicht im Wege stehen.

Integration

Gegen deutsche Leidkultur!

Wir wollen:

- vielfältige hessische Kommunen

Vielfalt in hessischen Städten und Gemeinden ist für uns wünschenswert. Wir betrachten zugewanderte Menschen als Bereicherung für unsere Gesellschaft. Das Angebot der Integration muss deshalb in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert sein. Integration umfasst dabei nicht nur das Zusammenleben von Deutschen und Nichtdeutschen, sondern auch unterschiedlicher kultureller, sozialer und politischer Gruppen. Integration setzt gleiche Chancen voraus. Gleichwohl muss sich auch jeder in die Gesellschaft integrieren. Die Gesellschaft muss dies anerkennen und fördern.

Dazu gehört für uns, sich von der nationalistischen Ideologie einer deutschen „Leitkultur“ zu distanzieren. Wir respektieren die Religionsfreiheit aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, denn Integration heißt nicht Assimilation unter Aufgabe der eigenen Identität. Das wäre Gleichmacherei statt Vielfalt. Der Respekt vor individuellen Glaubens-überzeugungen und Lebenswegen ist ein Grundsatz unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaats, zu dem sich jede/r in Deutschland Lebende/r bekennen muss. Das gilt auch für Hans-Jürgen Irmer (CDU), der sich regelmäßig und von der CDU geduldet durch die Verleumdung von Kulturen und Religionen hervortut.

Generell gilt für alle Menschen, egal ob EU-Ausländer, Nicht-EU-Ausländer oder deutscher Staatsbürger: Die Selbstentfaltung des Einzelnen hat ihre Grenzen bei der Verletzung der Rechte anderer. Wir sind überzeugt, dass gesellschaftliche Miteinander wird mit der Akzeptanz gegenüber kulturellen und sozialen Minderheiten wachsen.

- kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer!

Wer Integration verlangt, muss Teilhabe ermöglichen. Dazu gehört in demokratischen Kommunen zuerst die Teilnahme am Wahlakt. Deshalb fordern wir auch für Nicht-EU-

Ausländer das kommunale Wahlrecht. Wir wollen, dass alle in hessischen Städten und Gemeinden lebende Menschen über die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfelds mitentscheiden können. Für die Ungleichbehandlung von Nicht-EU-Ausländern und EU-Ausländern sehen wir keinen überzeugenden sachlichen Grund. Die Einräumung des kommunalen Wahlrechts ist jedenfalls durch eine einfachgesetzliche Änderung möglich. In Zukunft soll gelten: Vor Ort entscheiden alle, die im Ort leben. Egal ob Türke, Grieche oder Deutscher.

Weiterhin fordern wir:

- Kostenfreie Sprachkursangebote.
- Gezielte Aktionen und Initiativen zur Integration von (Neu-)Bürgern mit Migrationshintergrund.
- Die regionale Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien.
- Die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Aktivitäten von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund.
- Die Förderung integrativer und interkultureller gesellschaftlicher Aktivitäten und Begegnungen, z.B. durch Städtepartnerschaften, Austauschprogramme oder kulturelle Angebote.
- In kommunalen Verwaltungen ist die interkulturelle Kompetenz durch umfassende Qualifikations- und Weiterbildungsangebote zu fördern.
- Die Vermeidung von sozialen Brennpunkten ist eine Kernaufgabe der kommunalen Wohnungsbaupolitik. Ethnisch getrennte Wohnblocks lehnen wir strikt ab! Komplexe Probleme in sozialen Brennpunkten sind durch die Einführung von Quartiersmanagements entgegenzutreten.
- Die Möglichkeit zur unterschiedlichen religiösen Bestattung wird, soweit kein Verstoß gegen Landes- und Bundesrecht vorliegt, vor Ort angeboten.
- Das kommunale Planungsrecht hat Sakralbauten, egal ob christliche Kirche, jüdische Synagoge oder islamische Moschee, ausreichend Rechnung zu tragen. Die Verhinderung von solchen Bauten oder die Ausgrenzung in Stadtrandlagen lehnen

wir ab. Historisch gewachsene Stadtkerne und Symbole, die auch oft christliche Kirchen sind, dürfen jedoch nicht mit sakralen Neubauten überhöht werden.

- Die Einführung von Sprachförderung in den Kindertagesstätten ist vorzunehmen.
- Die Kindertagesstätte als Schnittstelle der Beziehung zwischen Familien und der deutschen Gesellschaft muss genutzt werden, um weitere Integrationsmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind besonders die Eltern über Projekte und Initiativen anzusprechen.
- Das Angebot des Erlernens der Muttersprache in Wort und Schrift ist je nach Bedarf in den Schulen anzubieten. Dabei soll das Angebot der Muttersprache auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Muttersprache sollte dabei auf gleicher Stufe wie die weitere Fremdsprache (zweite Fremdsprache) stehen.

Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung erfahren in unserer Gesellschaft vielfältige Beschränkungen bei der freien Gestaltung ihres Lebens. Insbesondere Menschen mit geistiger Behinderung werden in ihrer freien Gestaltung ihrer Lebensumstände eingeschränkt, obwohl es therapeutische und pflegerische Möglichkeiten gäbe, sie an vielen Bereichen des öffentlichen Lebens zu beteiligen.

Körperlich behinderte Menschen wird durch mangelhafte Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse ein weitgehend emanzipatorisches Leben vorenthalten. Auf kommunaler Seite muss eine weitsichtige Baupolitik betrieben werden, um Hürden für Menschen mit Einschränkungen abzubauen.

Wir wollen:

- - **Hessens Kommunen Barrierefrei gestalten**
- - **mehr Mobilität für Gehbehinderte durch eine behindertengerechte Ausstattung des gesamten ÖPNV**
- **attraktive Angebote für Behinderte im ÖPNV.**

Dazu gehören Orientierungshilfen für Blinde und Gehörgeschädigte einschließlich einer auf diese Personen zugeschnittene Ausstattung von Haltestellen. Durch Verhandlungen mit den zuständigen Gremien sowie der Subunternehmern wollen wir erreichen, dass auch die Busse der privaten Anbieter zukünftig behindertengerecht ausgestattet sind.

- **einen Stadtplan, der wichtige Informationen für Behinderte enthält.**

Bei künftigen Auflagen von Stadtplänen sollen nach dem Vorbild anderer Kommunen Auskünfte über behindertengerechte Einrichtungen, über Steigungsstrecken, Straßenbeschaffenheit unter anderem aufgenommen werden.

- konsequente Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen bei allen Neubaumaßnahmen. Dazu zählen Absenkungen der Bordsteinkanten an Fußgängerquerungen ebenso wie taktil fühlbare Begrenzungen und akustische Signale an Ampelanlagen oder Rollstuhlrampen an Gebäuden. Auch behinderten-taugliche Toiletten in den Kommunen gehören zu unseren Zielen.
- aktive Unterstützung einer gemeinsamen Anlaufstelle (Behindertenbeauftragter) und Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden.

Landwirtschaft

Die Belange von ortsansässigen landwirtschaftlichen Betrieben sind zu schützen. Dies bedeutet, dass alle Bauprojekte, die die Belange von diesen Betrieben betreffen, möglichst einvernehmlich mit den Betroffenen geklärt werden müssen. In der heutigen Zeit ist es für Landwirte immer schwieriger wirtschaftlich zu arbeiten, deshalb müssen gemeinsam mit den Landwirten Konzepte entwickelt werden, wie die Kommunen hier Unterstützung leisten können.

Die Jusos Hessen unterstützen hierbei die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, dass die Landwirtschaft eine Schlüsselposition bei der Lebensmittelsicherheit einnehmen kann. Land- und Forstwirte sind nicht nur Produzenten von Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Energie, sie spielen auch eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des ländlichen Raumes. Gesunde Lebensmittel, gesicherte Existenzen, belebte ländliche Regionen, artgerechte Tierhaltung und ein pfleglicher Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen sind das Ziel der hessischen Jusos und der Bundestagsfraktion.

In den ländlich geprägten Regionen Hessens sind Konzepte notwendig, die die Gesamtentwicklung des ländlichen Raums umfassen. Neue Technologien sollten überprüft werden auf ihre sinnige Anwendung und in diesem Bereich.

Wir wollen:

- **Maßnahmen, um dem Verlust von Wertschöpfung entgegen zu wirken mit standortnaher Verarbeitung und Verkauf der Produkte**
- **Erhalt der landwirtschaftlichen Flächen, um die heimische Kulturlandschaft zu sichern**
- **Biomasseverwertung**
- **Eingliederung der landwirtschaftlichen Höfe und Flächen in die Dorferneuerungs- und Entwicklungspläne**

Ehrenamt und Sport

Ehrenamt und Sport müssen Herzensanliegen der Sozialdemokratie werden. Sie sind zwar in vielen Bereichen zwei Seiten einer Medaille, verfügen aber auch über deutliche Unterschiede. So hat der ehrenamtliche Trainer im Fußballverein sicherlich andere Rahmenbedingungen und Bedürfnisse als der Rettungssanitäter. Allerdings verbindet beide ihre Funktion als wichtiger Bestandteil gesellschaftlichen Zusammenlebens. Damit fördern beide zugleich auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gerade für uns als Sozialdemokraten ist diese innergesellschaftliche Solidarität unabdingbar und es gilt sie mit aller Kraft zu fördern.

Mehr als 36% aller BundesbürgerInnen sind ehrenamtlich engagiert und bilden somit eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Dies zeigt zum einen, dass Politik für ehrenamtlich Tätige Politik für eine große Masse der BürgerInnen ist. Zum anderen führt dies aber auch vor Augen, dass es immer noch viele gibt, die nicht ehrenamtlich tätig werden wollen oder können. Auch hier gilt es einzuhaken und mehr Menschen für das Ehrenamt zu begeistern bzw. die notwendigen gesetzlichen Regelungen zu schaffen, damit mehr BürgerInnen überhaupt an diesem teilhaben können.

Von den insgesamt 36% ehrenamtlich tätigen BundesbürgerInnen engagieren sich in der Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund nur 23%. Diese Engagement-Lücke offenbart, dass auch der Sport und das Ehrenamt noch nicht offen bzw. attraktiv genug für BürgerInnen mit Migrationshintergrund sind.

Ein weiteres Defizit der Integrationskraft des Ehrenamts zeigt sich auch am deutschen Rettungsdienst. Dieser verfügt nicht nur unterdurchschnittlich wenig über BürgerInnen mit Migrationshintergrund, sondern weist – teilweise naturgemäß – Defizite in der Integration älterer Menschen auf.

Gerade das Beispiel der mangelnden Integrationskraft des Ehrenamts für bestimmte Gruppen, zeigt aber auch, dass sich nicht alle Probleme politisch lösen lassen und es in vielen Fällen auch an den Vereinen selbst liegt Defizite, wie eine mangelnde Integration von Älteren und Menschen mit Migrationshintergrund, zu erkennen und Lösungen zu finden.

Für die politisch lösbaren Probleme müssen wir uns jedoch folgende Fragen stellen:

Was können wir als Jusos nun tun? Was ist das Angebot der Politik an die Millionen von Ehrenamtlichen und Sportler?

Politik kann und muss den gesetzlichen Rahmen schaffen und die Infrastruktur zur Verfügung stellen um das Ehrenamt und den Sport zu stärken. Hier müssen wir ansetzen und Forderungen aufstellen.

Wir wollen:

- **für Sport und Ehrenamt folgende politische Reformen im Steuer- und Rentenrecht:**
- Einbeziehung der Ehrenamtlichen in die gesetzliche Haftpflichtversicherung
- Stärkere Begrenzung der Haftung bei Vereinsvorständen (Prinzip: Erst haftet Verein, dann Vereinsvorstand selbst)
- Berücksichtigung der finanziellen Aufwendungen der Freiwilligen für ihr Ehrenamt im Steuerrecht
- Rentenrechtliche Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit

-...in den Kommunen:

- Erhöhung der Übungsleiterkostenpauschalen
- Bedarfsgerechte Finanzierung der Aus- und Fortbildung von Ehrenamtlichen
- Steigerung der Zuschüsse für Vereine und den Rettungsdienst
- Einführung einer EhrenamtsCard, die Ehrenamtlichen lokale Vorzüge gewährt
- Bereitstellung einer guten Infrastruktur u.a. bei den Sportstätten
- Angemessene Gebühren für die Nutzung von Sport- und Schwimmhallen
- Nach Möglichkeit kommunale Übernahme von Unterhaltungskosten von Vereinsheimen und Sportstätten wie z.B. Energiekosten
- Schaffung von Sportangeboten für sozial- und gesundheitlich Benachteiligte sowie für Ältere und Migranten
- Einrichtung lokaler Ansprechpartner für Vereine und Rettungsdienste, um Probleme
- ganzheitlich zu lösen und Bedürfnisse frühzeitig zu erkennen.

- ...in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik:

- Erhöhung der Mittel für Jugendfreiwilligendienste
- Bundeseinheitliche Freistellungsregelungen für ehrenamtlich Tätige
- Positive Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements bei HARTZ IV-Empfängern
- Verzahnung von Stundenplänen mit ehrenamtlicher Betätigung
- Wohnortnahe Vergabe von Studienplätzen insbes. für Aktive der Rettungsdienste

Kultur

Weil Menschen Freiheit brauchen und Kultur nicht normierbar und kollektivierbar ist, sind Freiheit und Kultur eng miteinander verwoben. Denn Kultur in ihrer breiten und vielfältigen Palette menschlicher Lebensäußerungen war und ist Bestandteil des menschlichen Zusammenlebens.

Ein weit gefasster Kulturbegriff, der die Gleichwertigkeit und Chancengleichheit der kulturellen Ausdrucksformen akzeptiert, muss Grundlage sozialdemokratischer Kulturpolitik sein. Dabei ist Kulturpolitik durchaus wertorientiert und nicht an rasch wechselnden Moden und Stimmungen ausgerichtet. Die Verknüpfungen von Kulturpolitik mit anderen Politikfeldern, wie der Bildungs-, Wissenschafts- und Sozialpolitik sind offenkundig. Insofern ist Kulturpolitik darauf ausgerichtet, eine enge Verbindung zu Schulen, Hochschulen und Sozialeinrichtungen zu schaffen. Ist es doch gerade für junge Menschen wichtig, Kunst und Kultur für sich anzunehmen und für die persönliche Entwicklung aufzunehmen.

Kulturpolitik hat damit die Aufgabe, die kulturellen Einrichtungen, die kulturelle Bildung und die Kunst zu fördern.

Wir wollen:

- Finanzielle, organisatorische und räumliche Unterstützung von Initiativen aus der Bevölkerung. Ziel ist es gerade für den ländlichen Raum, eine Verbindung von Kulturschaffenden vor Ort mit Vereinen und Verbänden herzustellen.
- Die Förderung und Unterstützung von Amateurkünstlerinnen und -künstlern, um vor Ort Kreativität und Ausdruckskraft künstlerischen Schaffens zu verdeutlichen.

- Die Förderung nicht allein etablierter Einrichtungen und künstlerischer Ausdrucksformen, sondern auch die Aufnahme gerade sich entwickelnder Kunst- und Kulturformen.
- Eine Offene Kulturarbeit, die zielgruppenorientiert arbeitet. Insbesondere in der Jugendarbeit ist es notwendig, die jeweiligen Lebensphasen auch in kulturellem, künstlerischem, beispielsweise musikalischem Engagement auszuleben und zu durchleben.
- Die Förderung der kulturellen Bedürfnisse und Gepflogenheiten von Immigranten, um durch die Pflege der kulturellen Wurzeln eine zusammenwachsende, demokratische, tolerante und freiheitliche Gesellschaft stärker wachsen zu lassen.
- Die Förderung eines kulturellen Umfeldes, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger in einer mobiler werdenden Gesellschaft der spezifischen regionalen Ausformungen und Entwicklungen von Kultur, Kunst und Gesellschaft bewusst werden können. Hierzu gehört beispielsweise die Förderung von Geschichtswerkstätten und -projekten, die Erhaltung sozialgeschichtlich und künstlerisch bedeutender Bauwerke, aber auch regionale Film- und Dokumentationsarbeit.

Leben im Alter

Im Zuge des demographischen Wandels steigt der Anteil der Älteren deutlich. Gleichzeitig nehmen ältere Menschen stärker am gesellschaftlichen Leben teil und sind immer längere Zeit geistig und körperlich fit. Damit steigen auch die Ansprüche an ein spezielles gesellschaftliches und kulturelles Angebot für ältere Menschen. Die Alterung der Bevölkerung verändert auch den Anspruch an Ein-Personen-Haushalte und an Hilfs- und Pflegeangebote.

Wir wollen:

- dass ältere Menschen auch im Alter selbst bestimmt in den eigenen vier Wänden leben können. Dazu gehört die Förderung ambulanten Hilfsangeboten (mobile Pflegedienste, Essen auf Räder, Tages- und Kurzzeitpflege)
- durch eine solide Altenhilfeplanung Ressourcen zielorientiert ausschöpfen
- bestehende Einrichtungen kontrollieren und den Bau von altengerechten Wohnanlagen fördern.

- den Bedürfnissen der wachsenden Gruppe älterer MitbürgerInnen gerecht zu werden, durch Sachverstand in Fragen der Stadtplanung und Verkehrspolitik. Hier haben sich direkt gewählte kommunale Seniorenbeiräte bewährt, die möglichst in allen Gemeinden fest verankert werden sollten.

Querschnittsaufgabe: Soziales

Soziale Gerechtigkeit fängt in der Kommune an. Eine gerechte Sozialpolitik ist Voraussetzung für den sozialen Frieden vor Ort und stärkt den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Die Zahl der Menschen, die in Armut leben, hat in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Dies zeigt sich nicht zuletzt anhand der Vielzahl von Menschen, welche das Angebot der Tafeln wahrnehmen. In den letzten 15 Jahren sind aus einer Tafel über 800 geworden. Sie stehen damit sinnbildlich für die rasant wachsende Armut in Deutschland. Zwar sind wir uns darüber im Klaren, dass die Tafeln vielen Menschen ihr alltägliches Auskommen sichern und damit ihr Leben ein Stück leichter machen. Nichtsdestoweniger ist es nicht hinnehmbar, dass in Deutschland Menschen auf private Essensspenden angewiesen sind, um nicht hungern zu müssen. Unser Ziel ist Armutsbekämpfung statt Armutsverwaltung. Armutsbekämpfung muss an den Wurzeln ansetzen. Hauptursache für Armut ist fehlende oder schlecht entlohnte Arbeit der Eltern. Armutsbekämpfung bedeutet flexible Betreuungsangebote, gute Arbeit und gerechte, existenzsichernde Löhne.

Besonders Kinder trifft materielle Armut am härtesten. Sie haben häufig nicht den notwendigen Zugang zu Bildung und können ihr Potential daher oft nicht voll ausschöpfen. Sie haben häufig einen schlechteren Gesundheitszustand als Kinder, welche nicht von Armut betroffen sind und leiden besonders stark unter sozialer Ausgrenzung. Hinzu kommt, dass Armut in unserer Gesellschaft augenscheinlich geradezu vererbt wird: Die Gefahr, arm zu bleiben, ist ungleich größer als die, arm zu werden. Dieser Teufelskreis muss unterbrochen werden: durch gute Bildung und frühzeitige kindliche Förderung, welche den Bedürfnissen jedes Kindes gerecht wird. Notwendig ist der Ausbau von flexiblen und möglichst kostenlosen Ganztagsangeboten, die Kinder nicht nur betreuen, sondern individuell fördern. Ein kostenloses Mittagessen in KiTa und Schule gehören ebenso dazu wie kulturelle und sportliche Förderung.

Familie ist, wo Kinder sind. Daher beinhaltet eine sozial gerechte Familienpolitik immer auch die Orientierung am Kindeswohl. Familien benötigen ausreichend Zeit füreinander, finanzielle Unterstützung und eine gute Infrastruktur. Wünschenswert ist ebenfalls die Einrichtung von Familienzentren, in denen Jung und Alt zusammentreffen und von einander profitieren können.

Ältere Menschen sind Erfahrungsmillionäre. Sie sind wichtige Stützen des bürgerschaftlichen Engagements in unseren Kommunen. Wir können und wollen nicht auf ihre soziale Kompetenz und Berufserfahrung verzichten. Wir unterstützen die Gründung von Seniorenbeiräten und möchten Begegnungsprojekte fördern.

Gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft stark zunehmen. Damit steigt die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen. Gleichzeitig droht eine medizinische Unterversorgung insbesondere im ländlichen Raum, die von unattraktiven Arbeitsbedingungen für Mediziner herrührt. Eine wohnortnahe medizinische Versorgung ist zuallererst unabdingbar für eine lebenswerte Kommune, nicht zuletzt jedoch auch ein wichtiger Standortfaktor für Städte und Gemeinden. Die Kommunen müssen im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Rahmenbedingungen schaffen, um Ärzte bei ihrer Niederlassung zu unterstützen. Ziel ist die flächendeckende wohnortnahe Versorgung der Menschen durch ein engmaschiges Netz an Haus- und Fachärzten, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu gewährleisten. Dazu bedarf es einer Neuordnung von Ausbildung und Aufgabenverteilung der Gesundheitsberufe und einer Kooperation von ambulanter und stationärer Versorgung. Wir machen uns stark für eine kleinräumige Bedarfsplanung und die Förderung der Einrichtung von Gesundheitszentren. Dort könnten regelmäßig Sprechstunden durch Ärzte aus umliegenden Kommunen bzw. Krankenhäusern angeboten werden, um die kontinuierliche medizinische Betreuung der Patienten sicherzustellen.

Querschnittsaufgabe: Frauen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen kommunalen Gremien ist eine Selbstverständlichkeit. Gender Mainstreaming ist eine kommunale Querschnittsaufgabe und erfordert den Einsatz für eine starke Beteiligung von Frauen in verantwortungsvollen Positionen in öffentlichen Ämtern und Gremien. Kommunen brauchen Bildungs- und Freizeitangebote, welche auf Frauen aller Altersgruppen zugeschnitten sind und unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Dazu gehören Frauenkulturzentren ebenso wie vielfältige Angebote für Migrantinnen.